

„Wohnpartnerschaften initiieren – Das Projekt ,Wohnen für Hilfe‘ in Hamburg einführen“

Bürgerschaftssitzung | 25. April 2018

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst einmal schließe mich der positiven Äußerungen meiner
Vordredner und Vordrednerinnen an.

Das generationsübergreifende Wohnprojekt, das in Städten wie Kiel,
Frankfurt und Stuttgart offenbar funktioniert, wird nach unserer
Einschätzung auch in Hamburg erfolgreich sein. Wir Liberale sind
gegenüber innovativen und neuen Ideen immer aufgeschlossen!
Insbesondere, wenn es um so ein wichtiges Thema wie Bekämpfung von
Wohnknappheit geht!

Bezahlbaren Wohnraum, in einer Großstadt wie Hamburg zu finden, wird
für Studierende, Auszubildende und Berufsanfänger mit geringen
Einkünften immer schwieriger. Hier müssen wir dringend - neue
Lösungen denken - und andere Wege gehen.

Sie alle kennen das Sprichwort „eine Hand wäscht die andere“. Nach
genau diesem Prinzip funktionieren Wohnpartnerschaften. Mit dieser
Redensart wird eine gegenseitige Hilfeleistung angesprochen. Eine
„Gefälligkeit“ die man jemandem erweist, wird mit einem Gegendienst
belohnt.

Aber genau an dieser Stelle brauchen wir noch Klärung!
Wenn: Haushalts- und Gartendienste gegen Mieterleichterungen erbracht
werden, ist das mehr als nur eine Gefälligkeit.

Wir müssen den Projektteilnehmern Auskunft darüber geben
können: Welche sozialversicherungs- und steuerrechtlichen Konsequenzen
sich für sie ergeben? Uns Liberalen ist es wichtig, dass hier für Hamburg
einheitliche Verbindlichkeiten geschaffen werden.

Wie der Erlass der Finanzbehörde von Dezember 2016 verdeutlicht, gibt
es drei unterschiedliche Modelltypen des Wohnpartnerschaftsprojektes.

Je nach Modelltyp, kann es auf Seiten der jungen Wohnungssuchenden zu Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit kommen. Und auf Seiten der Unterkunftgeber zu Einkünften aus Vermietung und Verpachtung.

Ich betone es noch einmal, das Projekt Wohnpartnerschaften ist eine innovative und neue Idee die wir unterstützen wollen!

Mit unserem Zusatzantrag wollen wir zusätzlich zum Antrag von Rot-Grün:

- eine gute Aufklärung,
- mehr Rechtssicherheit und
- eine hohe Akzeptanz bei den künftigen Vertragspartnern, erreichen.

In der Zielrichtung sind wir uns einig! In den Details sollten Sie, werte Abgeordnete, beiden Anträgen zustimmen.